



Alle Illustrationen in dieser Ausgabe: Lena Wenzel

Von nix kommt nix

Fachkräftemangel hat nicht nur auf dem Bau viel mit der Politik der Alten und wenig mit den Vorlieben der Jungen zu tun

SIGRUN MATTHIESEN

Was willst du denn mal werden?, lautet eine gefürchtete Frage. Die Antwort passt nie. Sagte Franz in der kleinen BRD 1972 »Fliesenleger«, wurde erwidert, das sei nichts für Frauen und sie solle mal lieber studieren. Zehn Jahre später bekam, wer Lehrer werden wollte, zu hören, besser Fliesenleger, die verdienen ein Schweinegeld. Klingt vielleicht anekdotisch, ist aber belegt durch eine gerade aktualisierte Untersuchung zur Ökonomie und Soziologie des Bauarbeitsmarktes in der BRD. Darin weisen die Autoren Gerhard Bosch und Frederic Hüthenhoff nach, wie eine ganze Branche mit ihren unterschiedlichsten Tätigkeiten 70 Jahre lang auf einer Berg- und Talfahrt zwischen respektabler Tätigkeit mit entsprechender Bezahlung und prekär gefährlichen Ausbeuter-Verhältnissen ist. Selbstverständlich hat sich am Baggerfahren, Betonmischen, Fliesenlegen, Stahlflechten, Kranführen und den rund 20 weiteren Tätigkeiten, die zum Baugewerbe zählen, im Laufe der Zeit einiges geändert. Technischen Fortschritt und Digitalisierung gibt es auch auf jeder Baustelle. Aber sie haben das Leben der dort Arbeitenden weit weniger verändert als die unterschiedlichen tarif- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der jeweiligen Zeit. Die Studie unterscheidet vier Etappen: Die von 1945 bis 1959 war anfangs noch gekennzeichnet von vielen Betriebswechseln und hoher Winterarbeitslosigkeit, wurde dann aber langsam stabiler. Diese größere soziale Sicherheit konnte in den folgenden 30 Jahren bis zum Mauerfall verfestigt werden zu einem inklusiven Branchenarbeitsmarkt. »Alle Baubeschäftigten fielen in den Geltungsbereich des Sozialkassentaris und wurden zudem wegen der damals starken Gewerkschaft und der hohen Tariftreue entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt.« Während dieser zweiten Etappe waren sich Politik und

Sozialpartner außerdem einig, dass innerhalb der Branche gleiche Standards für alle gelten sollen, was sich unter anderem manifestierte in einem »Verbot von Leiharbeit aus anderen, nicht an das Sozialkassenverfahren gebundenen Branchen«. All dass wurde in der dritten Etappe - 1990 bis 2006 - neoliberalen Abrissunternehmen überlassen. »Der Staat zog sich weitgehend aus der bauspezifischen Arbeitsmarktpolitik zurück. Stattdessen gab es (wieder) Winterarbeitslosigkeit, sinkende Tarifbindung, steigende Zahl von gering bezahlten ausländischen Beschäftigten mit Werkverträgen. Der Fachkräftemangel wurde durch die Deregulierung des Fliesenlegerberufes und seine Öffnung für den massenhaften Einsatz von Scheinselbstständigen geöffnet.« Resultat: Profitmaximierung durchgesetzt und eine ganze Branche heruntergewirtschaftet. Schnell wurde allerdings deutlich, dass mit den unter diesen Bedingungen gezwungenermaßen Arbeitsbereiten kein Bauboom mehr zu haben sein würde. Also begann 2006 Etappe vier, geprägt durch ein »prekäreres Gleichgewicht in einem polarisierten Branchenarbeitsmarkt«. Dazu gehören Angleichung der Entgelte in Ost- und Westdeutschland, Saison-Kurzarbeitergeld zur Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit, bauspezifische Mindestlöhne, und: »Die Politik setzte ein Signal gegen die Expansion der Scheinselbstständigkeit durch die Rückvermeisterung der Fliesenleger und sicherte 2017 die Allgemeinverbindlichkeit der Sozialkassentarifverträge rechtlich ab.«

Nun, da die Fliesenlegerin also wieder mit »Meister« angesprochen wird und jede Hausverwaltung und jeder publizistisch tätige Eigenheimbewohner von der vergeblichen Terminanfrage bei Ausbaufacharbeiter:innen oder Heizungsanlagentechniker:innen berichten kann, häufen sich die Klagen über die Jugend, die nicht mehr arbeiten wolle. Auf dem Bau nicht, aber auch nicht im Bäckerhandwerk und offenbar überhaupt nirgends, wo sie so dringend gebraucht würden, dass sie jetzt alle als »Fachkräfte« angesprochen wer-

den. Überall Mangel. 86 Milliarden Euro jährliche Kosten für die deutsche Wirtschaft hat die Unternehmensberatung BGC gerade ausgerechnet. Ein Notstand, der, ginge es nach der CDU, vermutlich bald die Ausweitung des »sozialen Pflichtjahrs« zum Bundesarbeitsdienst rechtfertigen würde. Weil die Jungen, so die gefühlte Wahrheit, ja ansonsten weiterhin lieber Influencer oder Youtuberin würden, bestenfalls »was mit Marketing« machten und nebenbei ein bisschen studierten oder das Partygeld mit ein paar Schichten im Lieferdienst oder an irgendeiner Bar aufbesserten. Die Beschäftigungsstatistik der 20- bis 30-Jährigen schwächt diese Behauptung zwar ein wenig ab, doch richtig bleibt: Die Jungen machen genau das, was ihnen vor rund zehn Jahren geraten wurde - keinen sozial abgesicherten Arbeitsplatz auf Lebenszeit erwarten, stattdessen flexible »Patchwork-Biografien« zusammenbauen und dabei allzeit bereit zum lebenslangen Lernen.

Das Berufsbild der jetzt so schmerzlich vermissten Solaranlagentechnik-Fachkraft wurde jenseits von Klima-Projektwochen eher selten vermittelt, die Systemrelevanz der Supermarktbeschäftigten war ein ebenso gut gehütetes Geheimnis wie die Erkenntnis, dass Kinderbetreuung oder Physiotherapie Wissenschaften für sich sein können. Oder, wie eine aktuelle Studie des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung zur »Beschäftigungssicherung durch strategische Qualifizierung« nahelegt: Es mangelt an strategischer Personalplanung, was selbst tarifgebundene Großunternehmen, die sie prinzipiell befürworten, zurückführen auf »eingeschränkte Vorhersehbarkeit zukünftiger Transformationen, die Volatilität von Geschäftsmodellen und Produktmärkten, die Unsicherheit durch singuläre Ereignisse und vieles mehr«. Auf die gefürchtete Was-willst-du-denn-mal-werden-Frage könnte jede Jugend zukünftig einfach »Fachkraft« antworten. Oder die Gegenfrage stellen: »Was ist aus euch bloß geworden?«

SCHWERPUNKT GENERATIONEN

Seite 5 »Demografie ist nicht nur Erbsenzählerei« Ein Gespräch über die Möglichkeiten demografischer Forschung und die Grenzen der Realpolitik

Seite 10 »Der Staatshaushalt ist keine Ortsverein-Kasse!« Die Jugendorganisationen von SPD und FDP trennen grundsätzliche Überlegungen zur Staatsfinanzierung

Seite 16 Über ein Schuldverhältnis Was die Lebenserwartung betrifft, sind fatale Missverständnisse im Spiel

MURX

KATHRIN GERLOF

Nun sind schon 32 Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen. Und noch immer gibt es eine beachtlich große innerdeutsche Lohnlücke. Zwischen Ost und West natürlich. Beschäftigte in den neuen Bundesländern verdienen im Durchschnitt und bei gleicher Qualifikation 13,7 Prozent weniger als im Westen. Ein guter Grund, abzuhauen.

Die Böckler-Stiftung hat sich durch das WSI-Portal (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut) erhobene Daten angeschaut, die aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Beruf und vergleichbarer Berufserfahrung dieses Ergebnis ergeben: »Je nach Beruf kann die Gehaltslücke für Vollzeitbeschäftigte monatlich bis zu 1.000 Euro betragen.« Um zu verlässlichen Ergebnissen zu kommen, hatte das Institut die Angaben von 188.000 Beschäftigten ausgewertet.

Am höchsten sind die Lohnlücken in den Berufen Industriemechaniker:in (21,7 Prozent), Maschinenbauingenieur:in (19 Prozent), Maschinenbautechniker:in (16,5 Prozent), Industriekaufmann bzw. -frau, Callcenteragent:in, Buchhalter:in, Kfz-Mechatroniker:in, Lagerarbeiter:in, Personalsachbearbeiter:in, Sozialpädagog:in.

In Brandenburg (zumindest in jenem Teil, der als erweiterter Speckgürtel Berlins gelten kann) liegt die Lohnlücke bei 10,6 Prozent, in Sachsen bei 14,8 Prozent. Im unteren Entgeltbereich führte die Einführung des Mindestlohnes zu einer Annäherung der Löhne. Eine Ursache für den Gap liegt in der geringeren Tarifgebundenheit ostdeutscher Betriebe. Denn Fakt ist auch: Bei Tariflöhnen, so sie gezahlt werden, werden die Unterschiede sehr viel kleiner oder verschwinden ganz. Es bleibt also kein Rätsel, sehr wohl aber eine Sauerei.

